



Alles, was rechts ist: Zwischen Vogtland und Neißة wird die Staatsgewalt von der CDU ausgeübt, seit 1990 herrscht die Partei in Sachsen ununterbrochen. Sie kontrolliert den Apparat und lässt Faschisten gedeihen. Von Volkmar Wölk

**Auf die Straße!**

Ostermärsche: Aktivisten fordern Ende der NATO-Kriegspolitik und Verbot der Rüstungsexporte

**3**

**Evakuierung in Syrien**

Mehr als 114.000 Bewohner der östlichen Ghuta verlassen die Kampfzone. Von Karin Leukefeld

**6**

**Spektakel in Kairo**

Al-Sisis Wiederwahl ist letzter Schritt zur Restaurierung der alten Ordnung. Von Sofian Philip Naceur

**7**

**Kritik am DGB**

Linke Gewerkschafter warnen davor, Rechte zu unterschätzen. Und vor Verbrüderung mit der SPD

**15**

# Front gegen Russland

Massenausweisung russischer Diplomaten aus westlichen Staaten geht weiter. Deutsche Industrie warnt vor Konsequenzen. **Von Arnold Schölzel**

**Befasste sich am Dienstag mit Wichtigerem als westlicher Ausweisungswut: Russlands Präsident Wladimir Putin**



SERGEI CHIRKOV/POOL VIA REUTERS

Westliche Staaten verschärfen am Dienstag die Auseinandersetzung mit Russland nach dem Auffinden eines früheren russisch-britischen Doppelagenten und seiner Tochter mit Anzeichen einer Vergiftung am 4. März im englischen Salisbury. Beweise für eine russische Beteiligung wurden auch mehr als drei Wochen nach dem Vorfall nicht vorgelegt. Der Präsident Russlands, Wladimir Putin, äußerte sich weiterhin nicht zu der Hysterie im Westen und der Massenausweisung russischer Diplomaten.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte am Dienstag bei einem Aufenthalt in Usbekistan, Washington sei für die Ausweisung von Diplomaten seines Landes aus westlichen Staaten verantwortlich. Dies sei das »Ergebnis kolossalen Drucks, kolossaler Erpressung« seitens der USA, es handele sich um Washingtons »Hauptinstrument auf der internatio-

nen Bühne«. Russland werde reagieren, daran bestehe kein Zweifel. Ein solches »launisches Verhalten« könne nicht unbeantwortet bleiben. Bis zum Dienstag morgen hatten 16 der 28 EU-Staaten insgesamt 56 russische Diplomaten ausgewiesen, Österreich, Bulgarien und Griechenland lehnten eine Beteiligung ab. Sieben Länder – die USA, Kanada, Australien, Albanien, Mazedonien, Norwegen und die Ukraine – entzogen 83 weiteren Botschaftsmitarbeitern Russlands die Akkreditierung. Island kündigte an, keine Spitzenvertreter zur Fußballweltmeisterschaft in Russland zu entsenden. Australien erwägt das ebenfalls. Am Nachmittag verkündete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die russische Mission beim Nordatlantiktakt werde von 30 auf 20 reduziert, sieben Mitarbeiter habe er die Akkreditierung entzogen. Das schmälere die Fähigkeit Russlands zur Spionage in der NATO. Stoltenberg fügte hinzu, die Ausweisungen ergäben

zusammen mit Erhöhung des militärischen Drucks auf Russland und der verstärkten Aufrüstung aller NATO-Staaten eine »starke Botschaft«, dass sich die Kosten für Moskau erhöhten.

Sorgenvolle Stimmen zu den Konsequenzen der koordinierten Aktion kamen u. a. aus der deutschen Industrie. Der Vorsitzende des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Wolfgang Büchele, nannte die Entwicklungen sehr beunruhigend: »Nach den jüngsten Beschlüssen der EU, der Bundesregierung und der USA wächst die Gefahr, in eine Eskalationsspirale hineinzugeraten, die am Ende nur Verlierer auch auf seiten der Wirtschaft kennt und uns von einer diplomatischen Lösung vieler Krisen immer weiter entfernt.« Der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, warnte in einem Interview mit Reuters TV davor, dass die Entwicklung den Frieden gefährden könne. Er kritisierte, dass Russland als

Drahtzieher des Anschlags beschuldigt werde, ohne dass Beweise gesammelt worden seien oder die Chemiewaffenkontrollkommission ihre Ermittlungen abgeschlossen habe. Deutschland habe wegen des Zweiten Weltkriegs eine besondere Verpflichtung gegenüber Russland und müsse zu Vernunft und Sachlichkeit zurückkehren.

Der britische Außenminister Boris Johnson nannte dagegen die Ausweisungen einen »Wendepunkt« in den Beziehungen des Westens mit Russland. Er schrieb in der Londoner Times, es handele sich um einen »Schlag, von dem sich der russische Geheimdienst viele Jahre nicht erholen wird«. Die britische Premierministerin Theresa May wiederum stellte ihr Kabinett darauf ein, dass längerfristige Antworten gegen Russland noch ausstünden.

■ Siehe Seite 6

Mitdiskutieren auf [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

**Zeit, sich ein anderes Bild von der Welt zu machen.**

Jetzt drei Wochen gratis lesen!

■ Siehe Abocoupon auf Seite 5  
■ [jungewelt.de/probeabo](http://jungewelt.de/probeabo)

**Lula scheitert erneut mit Berufungsantrag**

**Rio de Janeiro.** Der linke ehemalige brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva ist vor Gericht erneut mit einem Berufungsantrag gegen seine Verurteilung wegen Korruption gescheitert. Ein Berufungsgericht in Porto Alegre lehnte am Montag seinen Einspruch gegen das Urteil aus Verfahrensgründen ab, wie die Nachrichtenagentur Agência Brasil berichtete. Ihm droht damit schon bald der Beginn seiner zwölfjährigen Haftstrafe. Allerdings hatte der Oberste Gerichtshof Brasiliens dem 72-jährigen in der vergangenen Woche einen Aufschub bis zum 4. April gewährt. Lula war in einem politisch motivierten Prozess der Korruption für schuldig befunden und Ende Januar in zweiter Instanz zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. (AFP/JW)

■ Siehe Seite 8

**»Nord Stream 2« in Deutschland genehmigt**

**Berlin.** Dem Bau und Betrieb der Gaspipeline »Nord Stream 2« steht genehmigungsrechtlich in Deutschland nichts mehr entgegen. Das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie erteilte nach Angaben der Projektgesellschaft vom Dienstag die letzte erforderliche Genehmigung für einen rund 30 Kilometer langen Trassenabschnitt. Die nationalen Genehmigungsverfahren in den anderen vier beteiligten Ländern – Russland, Finnland, Schweden und Dänemark – liefen planmäßig weiter, so dass die Baumaßnahmen 2018 umgesetzt werden könnten. Die gut 1.200 Kilometer lange Pipeline soll russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland bringen. Die Federführung liegt beim russischen Staatskonzern Gazprom. An der Finanzierung sind unter anderem der Energiekonzern Uniper, die BASF-Tochter Wintershall und die österreichische OMV beteiligt. (Reuters/JW)

# Puigdemont bleibt in Haft

Deutsches Gericht sieht bei katalanischem Politiker Fluchtgefahr. Straßenblockade in Barcelona

Im Fall des in Deutschland festgenommenen ehemaligen katalanischen Regierungschefs Carles Puigdemont ist auch am Dienstag keine Entscheidung über den spanischen Antrag auf Auslieferungshaft gefallen. Schleswig-Holsteins Generalstaatsanwaltschaft prüft derzeit, »ob und wann« ein solcher Antrag beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) gestellt wird, wie eine Sprecherin am Dienstag sagte.

Die Generalstaatsanwaltschaft befinde sich noch »ganz am Anfang der Prüfung«, sagte die Sprecherin. In de-

ren Verlauf seien gegebenenfalls auch Einwendungen der Rechtsanwälte des Politikers zu prüfen sowie gegebenenfalls etwaige weitere Informationen bei den Behörden des spanischen Staates einzuholen. Die Staatsanwaltschaft sei in dem Fall aber gehalten, »beschleunigt vorzugehen«, weil sich der 55-jährige weiter in Gewahrsam befinde.

Das Amtsgericht Neumünster hatte am Montagabend entschieden, dass der am Sonntag nach seiner Einreise aus Dänemark in der Nähe der Autobahn 7 in Schleswig-Holstein

festgenommene Puigdemont vorerst weiter im Norden festgehalten wird. Puigdemont bleibt zunächst in der JVA Neumünster, in die er nach seiner Festnahme am Sonntag gebracht worden war. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Fluchtgefahr.

Es ist weiter unsicher, ob Puigdemont an Spanien ausgeliefert wird. In der Entscheidungsbegründung des Amtsgerichts hieß es dazu wörtlich: »Ohne Frage bietet der Inhalt des Europäischen Haftbefehls Anhaltspunkte dafür, dass die Auslieferung des Verfolgten bei umfassender Prü-

fung unter Abwägung der betroffenen Rechtsfragen im Ergebnis als unzulässig bewertet werden könnte.«

Aus Protest gegen die Festnahme Puigdemonts haben Anhänger mehrere Autobahnen und die Avinguda Diagonal – eine der wichtigsten Straßen Barcelonas – vorübergehend blockiert. Zu der Aktion am Dienstag hatte die separatistische Gruppe »Komitee zur Verteidigung der Republik« (CDR) aufgerufen. Die Demonstranten forderten auf Transparenten unter anderem »Freiheit für die politischen Gefangenen«. (dpa/JW)

**jW** wird herausgegeben von 2.095 Genossinnen und Genossen (Stand 20.3.2018)  
■ [www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)



# Für Frieden auf die Straße!

Ostermärsche: Aktivisten fordern Ende der imperialistischen Kriegspolitik der NATO und Verbot der Rüstungsexporte. **Von Markus Bernhardt**

Die diesjährige Ostermarschsaison hat bereits begonnen. Am letzten Wochenende demonstrierten mehrere hundert Menschen in Leipzig. In Potsdam gingen über 200 Aktivisten auf die Straße, um unter dem Motto »Abrüsten statt Aufrüsten!« durch die brandenburgische Landeshauptstadt zu ziehen. Auf Schildern mit Losungen wie »Raus aus der NATO – rein ins Vergnügen!« oder »Schöner leben in Potsdam – ohne Garnisonkirche!« bezogen die Demonstranten dabei Position gegen den Kriegstreiber Nummer eins auf der Welt und die Militarisierung Potsdams selbst, wie die Ortsgruppe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) berichtete. Neben der Partei Die Linke und verschiedenen anderen Initiativen hatten die Kommunisten den Friedensmarsch mitorganisiert und sich mit ihrer Forderung »Frieden mit Russland!« an den Protesten beteiligt. Obwohl die Forderung eine Selbstverständlichkeit sei, drücke sie doch gleichzeitig eine der zentralen Aufgaben aus, die in diesem Land gegen die NATO durchgesetzt werden müsse, erklärte die DKP auf Facebook.

Ähnlich äußerte sich auch Anton Latzo in seinem auf diesem Ostermarsch gehaltenen Redebeitrag. Der Osten Europas werde »erneut zum Aufmarschgebiet gegen Russland gemacht«, warnte er. »Auf den Straßen Brandenburg rollen NATO-Panzer zur russischen Grenze. Die imperialistischen Kämpfe um die Sicherung der Profite und der politischen Einflusszonen nehmen zu.« Die internationalen, aber auch die inneren Widersprüche des Imperialismus nähmen an Intensität und Breite zu. Ebenso die Ausbeutung von Mensch und Natur im Namen der Freiheit und der Sicherheit für das Kapital, skizzierte er die aktuelle Lage. Der internationale Stellenwert der BRD werde wieder zur militärischen Stärke des Landes in Bezug gesetzt. Das sei ein Bekenntnis zum



Zentrale Forderung der Ostermärsche: Geld für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen statt für Rüstung

aktiven Einsatz des Militärischen bei der Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen der BRD weltweit, die vom Verlangen der deutschen Monopole nach Profit und Herrschaft bestimmt würden, konstatierte Latzo weiter.

Gegen diese Zustände finden rund um das Osterwochenende über 100 Demonstrationen und Veranstaltungen in allen Teilen Deutschlands statt. Die aktuellen Kriege und die weitere Militarisierung der Politik seien der Grund für vermehrte Aktionen der Friedensbewegung, erklärte das Netzwerk Friedenskooperative mit Blick auf die anstehenden Ostermärsche, die von örtlichen bzw. regionalen Initiativen vorbereitet werden.

Die politischen Ziele fasste die Friedenskooperative in einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Stellungnahme zusammen: Statt der Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des

Bruttoinlandsprodukts sollten die dafür vorgesehenen Geldmittel von rund 30 Milliarden Euro für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen verwendet werden. »Die Friedensbewegung engagiert sich an Ostern für einen grundlegenden Politikwechsel, um Kriege, Gewalt und Unterdrückung, Hunger und Massenelend zu beenden. Der wachsenden Kriegsgefahr tritt sie durch die Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik entgegen«. Traditionell sei auch das Thema Atomwaffen eines der wichtigsten der Ostermärsche. »Auch 60 Jahre nach dem ersten Ostermarsch in England ist das Thema aktueller denn je, denn alle Atomwaffenmächte rüsten nuklear auf«, warnte das Netzwerk. Die Aktivisten fordern daher die Bundesregierung auf, den UN-Atomwaffenverbotvertrag zu unterzeichnen und dafür zu sorgen, dass die US-Atomwaffen abgezogen werden.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei im nordsyrischen Afrin mit deutschen Panzern habe wieder einmal gezeigt, dass exportierte Waffen aus Deutschland weltweit für Tod und Leid mitverantwortlich seien, beklagt die Friedensbewegung: »Deutschland gehört nach wie vor zu den größten Rüstungsexporturen der Welt.« Durch die Lieferung von Waffen, wie etwa an Konfliktparteien im Jemen-Krieg, mache die BRD sich mitverantwortlich am tausendfachen Sterben. Daher wird in vielen Ostermarschaufrufen der generelle Stopp von Rüstungsexporten gefordert. Ähnlich hatten sich auch die mehreren tausend Kriegsgegner positioniert, die die vor wenigen Monaten gestartete Friedensinitiative »Abrüsten statt Aufrüsten!« bisher unterstützt haben.

■ <https://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-201>

## ■ Hintergrund Schwarze Null gilt nicht fürs Militär

Ostermärsche gegen den Krieg gibt es in Deutschland seit 60 Jahren. Die ersten Massenkundgebungen unter diesem Namen fanden im Frühjahr 1958 nach dem Beschluss der damaligen Bundesregierung von Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zur »nuklearen Teilhabe« statt (siehe dazu jW-Geschichtsseite in der Ausgabe 24./25.3.). Laura von Wimmersperg von der Berliner Friedenskooperative erinnerte am Dienstag vor Journalisten daran, dass fast genau so lange im rheinland-pfälzischen Büchel US-Atomsprenkköpfe lagern.

Eine weitere Hochzeit erlebte die weltweite Friedensbewegung nach dem sogenannten NATO-Doppelbeschluss zur atomaren Aufrüstung Westeuropas vom Dezember 1979, den der damalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt maßgeblich vorangetrieben hatte. Anfang der 80er Jahre nahmen in der Bundesrepublik Hunderttausende an Demonstrationen gegen die Stationierung mit nuklearen Sprengköpfen bestückter Raketen und Marschflugkörper teil. Vergleichbar große Antikriegskundgebungen gab es im »wiedervereinten« Deutschland nur Anfang 1991 noch einmal, als Menschen im ganzen Land gegen eine Beteiligung der BRD am Krieg einer von den USA angeführten Koalition gegen den Irak auf die Straße gingen. Seither hat es die Friedensbewegung meist schwer gehabt, Massen zu den Ostermärschen zu mobilisieren, obwohl sich die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen und die der Auslandseinsätze der Bundeswehr immer weiter erhöht hat.

Am Ostersonntag werden gleichwohl auch in der Hauptstadt voraussichtlich wieder mehrere tausend Menschen für Abrüstung auf die Straße gehen. Als Redner werden der Linke-Bundestagsabgeordnete Dieter Dehm, der bekannte Theologe Eugen Drewermann und Ulrich Scholz von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auftreten. Scholz ist Lehrer in Berlin und engagiert sich unter anderem in der Bürgerinitiative »Gemeingut in BürgerInnenhand«, die gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen kämpft. Auf der Pressekonferenz am Dienstag wies er darauf hin, dass das Handeln der Politik seit 20 Jahren von der »Ideologie der schwarzen Null« geprägt ist, also vom Dogma, dass öffentliche Haushalte ausgeglichen sein müssen und dass keine neuen Schulden mehr gemacht werden dürfen. Für den Militäraushalt, der bis zum Jahr 2024 nahezu verdoppelt werden soll (siehe Interview), gelte diese auch von zahlreichen bürgerlichen Ökonomen für unsinnig erklärte restriktive Finanzpolitik jedoch offenbar nicht, sagte Scholz. Währenddessen summieren sich der Investitionsstau allein an den allgemeinbildenden Schulen des Landes auf 34 Milliarden Euro. Gegen diese Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur bei gleichzeitiger drastischer Aufrüstung werde er protestieren.

Jana Frielinghaus

# »Brauchen nicht noch mehr Kriegsgerät«

Der Druck auf etablierte Politik und Waffenkonzerne soll steigen. **Ein Gespräch mit Sascha H. Wagner**

Die nordrhein-westfälische Linkspartei ruft dazu auf, sich an den Ostermärschen zu beteiligen, die ab Freitag durch das Rheinland und das Ruhrgebiet führen werden. Sind diese Märsche noch zeitgemäß?



Sascha H. Wagner ist Landesgeschäftsführer der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen

Natürlich. Es ist immer zeitgemäß, für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Das Thema ist auch deswegen hochaktuell, da die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD gleich zu Beginn ihrer Amtszeit diverse Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert hat und weiterhin Waffen an verbrecherische Regime wie Saudi-Arabien geliefert werden. Außerdem will die sogenannte große Koalition die Rüstungsausgaben nahezu verdoppeln.

Und doch scheint das Interesse der Bevölkerungsmehrheit an den Ostermärschen eher gering zu sein ... Ich glaube, dass es eine gesellschaftliche Mehrheit gibt, die Krieg als Mittel der

Politik ablehnt und es begrüßen würde, wenn die besagten 30 Milliarden Euro in den zivilen Bereich investiert würden. Wir brauchen sicherlich nicht noch mehr Waffen und Kriegsgerät, sondern mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr Kitaplätze und Investitionen in Bildung und Pflege.

Ungeachtet dessen, dass Bomben noch nirgendwo Frieden gebracht, sondern vorhandenes Leid vielmehr immer verstärkt haben, ist es meines Erachtens dringend notwendig, einen sofortigen Stopp aller Rüstungs- und Waffenexporte zu fordern. Diesbezüglich sollte nicht nur der Druck auf die etablierte Politik erhöht werden, sondern auch Waffenschmiedern wie Rheinmetall, an deren Händen Blut klebt, sollten den Protest der Kriegsgegner zu spüren bekommen.

Das mag richtig sein. Trotzdem gelingt es der Friedensbewegung kaum mehr, Nachwuchs zu finden. Oder sehen Sie das anders?

Luft nach oben ist immer. Natürlich ist es mancherorts für Jugendliche und junge Erwachsene nicht ganz einfach, sich in Strukturen einzufinden, die seit Jahrzehnten bestehen und teils immer von den gleichen Leuten dominiert worden sind. Und trotzdem wäre ich diesbezüglich nicht zu pessimistisch. Ich nehme zwar durchaus wahr, dass es Menschen jedwedem Alters gibt, die sich für kaum etwas zu interessieren scheinen. Zugleich gibt es aber auch die Entwicklung, dass junge Menschen sich wieder verstärkt für humanistische Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität sowie gegen Krieg, Abschiebungen und Umweltzerstörung stark machen.

Gerade beim Thema Flucht werden die Zusammenhänge doch besonders klar. Hätte die Bundesrepublik sich nicht daran beteiligt, Afghanistan in Schutt und Asche zu bomben, hätten die Afghaninnen und Afghanen auch nicht in diesem Ausmaß fliehen müssen. Dass Teile der Politik diesen Staat nun auch noch zu einem sogenannten sicheren Herkunftsland umzulügen versuchen, ist wirklich perfide. Wer es wirklich ernst

damit meint, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, muss sich zuallererst gegen Krieg positionieren. Und dafür sind die Ostermärsche der richtige Ort.

Aber wenn Sie bei Ostermärschen gegen Krieg, Waffenexporte, Abschiebungen, für soziale Investitionen und noch vieles mehr demonstrieren wollen, droht dann nicht aus den Friedensmärschen eine Art politischer Gemischtwarenladen zu werden?

Die politischen Zusammenhänge zwischen Militarisierung und Kriegführung auf der einen Seite und Flucht und Sozialabbau auf der anderen habe ich ja bereits erläutert. Das werden die Themen sein, die die insgesamt rund 100 Märsche bundesweit in diesem Jahr dominieren werden. Darüber hinaus werden Forderungen nach atomarer Abrüstung, einem Ende des US-Drohnenkriegs und dem Abzug der US-Atomwaffen auf deutschem Boden ebenso eine Rolle spielen wie die Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden sowie die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbotes.

Interview: Markus Bernhardt

## Afghanistan-Konferenz in Usbekistan

**Taschkent.** In den internationalen Friedensbemühungen für Afghanistan hat das Nachbarland Usbekistan die Staaten der Region zu einer engen Kooperation aufgerufen. »Sicherheit für Afghanistan ist auch Sicherheit für Usbekistan und ein Pfand für Stabilität und ein Erblühen des Großraums Zentral- und Südasien«, sagte der usbekische Präsident Schawkat Mirsijajew in Taschkent. Bei einer internationalen Konferenz am Dienstag rief er die aufständischen Taliban in Afghanistan zu Friedensgesprächen mit der Regierung auf. Er bot sein Land als Plattform dafür an. (dpa/iw)

## Puerto Rico verlegt Gefangene in USA

**San Juan.** Die Regierung von Puerto Rico will wegen fehlender Mittel mehr als 3.200 Gefangene in die USA verlegen. Für die Überstellung der ersten 1.200 Inhaftierten gebe es bereits eine an Gefängnisbetreiber gerichtete Ausschreibung, teilte die puertoricanische Gefängnisbehörde am Montag (Ortszeit) mit. Man hoffe, bis Mai einen passenden Bieter gefunden zu haben, hieß es. Mit der Schließung von Haftanstalten will die Regierung des US-Außengebiets demnach über fünf Jahre hinweg umgerechnet rund 84 Millionen Euro einsparen. (dpa/iw)

## Türkei verhaftet Kriegsgegner

**Istanbul.** Die US-Organisation »Human Rights Watch« (HRW) wirft der Regierung in Ankara im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Türkei in Nordwestsyrien Unterdrückung von Internetnutzern vor. »Menschen für ihre Tweets, die zu Frieden aufrufen, festzunehmen und zu verfolgen, ist ein neuer Tiefpunkt für die türkische Regierung«, erklärte Hugh Williamson, HRW-Direktor für Europa und Zentralasien, am Dienstag. Nach Angaben des türkischen Innenministeriums wurden zwischen dem Beginn der Invasion im syrischen Afrin am 20. Januar und dem 26. Februar 648 Menschen wegen »Propaganda im Internet« festgenommen. (dpa/iw)

## Bagdad an der Seite Ankaras

**Bagdad.** Der Irak wird nach den Worten von Ministerpräsident Haider Al-Abadi von seinem Territorium ausgehende Angriffe auf die Türkei verhindern. Die Streitkräfte hätten entsprechende Befehle gegen »ausländische Kämpfer« erhalten, versicherte Abadi seinem Amt zufolge am Dienstag dem türkischen Premierminister Binali Yıldırım in einem Telefonat. Ankara behauptet, Kämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hätten einen Stützpunkt im irakischen Sindschar-Gebirge an der Grenze zur Türkei aufgebaut. (Reuters/iw)

# Weiterhin unbewiesen

Die Anschuldigungen gegen Russland wegen des Giftgasanschlages in Salisbury bleiben weiter unbelegt. **Von Reinhard Lauterbach**

Es ist das Privileg pensionierter Politiker, gelegentlich auch mal ihren gesunden Menschenverstand zu bemühen, wenn die aktiven Kollegen hyperventilieren. So hat Ex-EU-Kommissar Günter Verheugen gegenüber der *Augsburger Allgemeinen* darauf hingewiesen, dass Großbritannien bisher für seine Anschuldigungen, das gegen den Exagenten Sergej Skripal eingesetzte Nervengas stamme nicht nur aus Russland, sein Einsatz sei sogar von Präsident Wladimir Putin persönlich genehmigt worden, keinen einzigen Beweis vorgelegt habe. Ihm komme das Ganze vor wie ein Prozess, in dem der Richter erkläre, dem Angeklagten sei zwar eine Schuld nicht nachzuweisen, aber zuzutrauen sei ihm die Tat schon.

Inzwischen hat sich eine Reihe russischer Wissenschaftler geäußert, die seinerzeit mit der Entwicklung dieser Gruppe von Nervengiften beauftragt waren. Die zeitweilige Behauptung der offiziellen Moskauer Medien, ein Programm namens »Nowitschok« habe es nie gegeben, ist wohl nicht ernstzunehmen, oder sie beruht auf Wortklauberei. Tatsächlich hieß der offizielle Deckname des Programms wohl lange »Foliant«. Das chemische Prinzip – Organophosphate – habe der inzwischen verstorbene Piotr Kirpitschow entdeckt, berichtete sein ehemaliger Untergebener Sergej Ugljow dem *Spiegel*. Bis zum Ende der Sowjetunion hätten seine Kollegen und er an praktikablen »Darreichungsformen« des Gifts gearbeitet. Von vielen hundert Versuchen seien zwei oder drei erfolgreich gewesen.

Seit Anfang der neunziger Jahre ist die Formel der Giftgase im Westen im Prinzip bekannt, seit 10 Jahren auch im Detail. Verantwortlich dafür ist Wil Mirsajanow, ein Mitarbeiter des Forschungsinstituts. 1995 emigrierte er im Rahmen eines Programms zur kontrollierten Folgebeschäftigung für sowjetische Waffenforscher in die USA. Seine Entscheidung, die Formel zu verraten,



Ermittler der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) am Tatort in Salisbury am 21. März 2018

hatte politische Gründe: Russland dürfe nicht als einziges Land im Besitz dieses Geheimnisses bleiben. Spätestens seit 2008, als Mirsjanow – wie er sich gegenüber der *Nowaja Gazeta* rühmte – die ganze Formel publizierte, ist der Stoff also international bekannt. Damit werden alle Verweise auf eine angeblich eindeutig russische Herkunft des Stoffs fragwürdig. Denn nach Aussage mehrerer russischer Wissenschaftler kann »Nowitschok« im Prinzip aus überall erhältlichen Substanzen synthetisiert werden. Der von offiziellen russischen Medien als Entlastungszeuge präsentierte Leonid Rink ist dabei offenbar nur bedingt glaubwürdig. Laut dem Gespräch Sergej Ugljows mit dem *Spiegel* hat Rink in den neunziger Jahren selbst mehrfach Ampullen des Materials »für ein paar Dollars verkauft«. Dies also ist

eine Spur, über die selbst ein in Russland produziertes »Originalgift« in falsche Hände geraten sein kann – zumal das Testgelände in Usbekistan lag und seit 1991 nicht mehr von Russland kontrolliert wird.

Die prowestliche Moskauer Zeitung *Nowaja Gazeta* interviewte letzte Woche den Exwissenschaftler Nikolai Wolodin. Dieser bestätigte zwar die Existenz von »Nowitschok«, machte aber einige Einwände geltend. Sie betrafen erstens die Wirkung: Die in den achtziger Jahren von ihm getesteten Gifte seien in Tierversuchen, die er selbst beobachtet habe, sofort tödlich gewesen. Skripal hätte also einen Anschlag mit Nowitschok nicht überlebt, auch nicht im Koma und mit Hilfe moderner Medizin. Zweitens wecke die Form der »Darreichung« Zweifel. Drei Varianten gebe

es: Durch Einnehmen, über die Atmung oder über eine unbedeckte Hautstelle. Jede davon setze voraus, dass der Killer entweder in unmittelbarer Nähe von Skripal und seiner Tochter gewesen sein muss – was ihn aber selbst in unmittelbare Lebensgefahr gebracht hätte. Oder der Killer hätte eine größere Dosis aus größerer Entfernung verwenden müssen – dann wären aber laut Nikolai Wolodin »Hunderte« von Anwohnern dem Anschlag zum Opfer gefallen.

Bestehen bleiben auch die Zweifel am Motiv: Warum hätte Russland auf diese demonstrative Art und Weise im Ausland jemanden umbringen sollen, der keinerlei strategisches Wissen mehr besaß? Theresa May sagt und der Mainstream betet es nach: Um zu demonstrieren, dass es dies könne. Logisch nennt man das einen Zirkelschluss.

## Vor den Toren von Damaskus

Mehr als 114.000 Bewohner der östlichen Ghuta verlassen die Kampfzone

Nach mehr als fünf Jahren vor den Toren von Damaskus ziehen bewaffnete Gruppen und ihre Angehörigen aus der östlichen Ghuta ab. Am Montag verließen 400 Zivilisten die Kriegszone und machten sich über das frühere Palästinenserlager Al-Wafedin auf den Weg nach Damaskus und in den Ort Herjalla, wo sie zunächst in Aufanglagern untergebracht werden. Letzten Angaben zufolge kontrolliert die syrische Regierung wieder rund 90 Prozent der östlichen Ghuta.

Die syrische Polizei und die russische Militärpolizei sicherten den Abzug der Kämpfer und ihrer Angehörigen. Mitarbeiter des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes (SARC) begleiteten die Konvois. Das russische Versöhnungszentrum, das die Evakuierung beaufsichtigte, berichtete, allein aus Harasta seien knapp 5.000 Kämpfer und ihre Angehörigen, aus Arbin rund 6.500 Kämpfer und Familien in die Provinz Idlib gebracht worden sein. Auch Ärzte der Syrischen Amerikanischen Ärz-

tegesellschaft (SAMS) begleiteten die Kämpfer und berichteten, dass Schwerkranke direkt in die Türkei gebracht wurden.

Nachdem der vom UN-Sicherheitsrat geforderte Waffenstillstand am 24. Februar 2018 scheiterte, hatte Russland eine tägliche Waffenruhe und die Einrichtung von humanitären Korridoren durchgesetzt. Mit den verbliebenen Kampfverbänden (Ahrar Al-Scham, Failak Al-Rahman, Harakat Nur Al-Din Al-Zenki, Dschaisch Al-Islam und Haiat Tahrir Al-Scham) wurde intensiv über deren Abzug verhandelt. Vermittelt wurden die Gespräche von lokalen Versöhnungskomitees, vom syrischen Ministerium für die nationale Versöhnung und dem russischen Versöhnungszentrum, einer Einrichtung des russischen Verteidigungsministeriums. Katar und die Türkei, die seit 2012 einige der Kampfgruppen in der östlichen Ghuta unterstützt haben, stimmten offenbar dem Abzug zu. Lediglich die Armee des Islam will nicht abziehen. Sie wird von Saudi Arabien unterstützt

und kontrolliert die Stadt Duma, das ehemalige Verwaltungszentrum der östlichen Ghuta. Am vergangenen Sonntag konnten allerdings 1092 Zivilisten Duma verlassen.

Das russische Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien erklärte, dass seit Beginn der humanitären Kampfpausen Ende Februar 2018 mehr als 114.000 Bewohner evakuiert werden konnten. Sie bekamen warme Mahlzeiten und Trinkwasser, erste medizinische Hilfe wurde geleistet. Viele der Evakuierten berichteten über ihre Erlebnisse mit den »moderaten Rebellen« und warfen ihnen vor, als menschliche Schutzschilder missbraucht worden zu sein.

Westliche Länder beschuldigen die syrische Armee und deren Verbündete, wahllos die östlichen Vororte zu bombardieren. Die »Nationale Koalition der oppositionellen und revolutionären Kräfte in Syrien« Etilaf mit Sitz in Istanbul sprach von einer erzwungenen Massenvertreibung. Mohammed Jahja Maktabi, Sekretär des Politischen Komitees der Koalition, erklärte, Damas-

cus wolle die »demographische Landschaft in den Vororten der Hauptstadt verändern«. Neben dem »kriminellen Haupttäter Baschar Al-Assad« trage Russland für dieses »Kriegsverbrechen« die größte Verantwortung.

Der syrische Präsident Baschar Al-Assad, der vor wenigen Tagen mit seinem eigenen Wagen in die Gebiete gefahren war, erklärte Journalisten, die syrische Armee reagiere mit ihren Angriffen auf den Beschuss von Wohnvierteln in Damaskus durch »terroristische Gruppen« aus der östlichen Ghuta. Ziel seien Waffenlager, Befestigungsanlagen und Hauptquartiere der Gruppen.

Seit dem Bruch des für das Gebiet vereinbarten Waffenstillstandes Ende 2017 wurden mehr als 100 Bewohner von Damaskus durch Raketen- und Granateinschläge getötet und Hunderte verletzt. Nach oppositionellen Angaben sollen in dieser Zeit in der östlichen Ghuta mehr als 1.000 Menschen durch Angriffe der syrischen Armee und Luftwaffe ums Leben gekommen sein.

Karin Leukefeld, Beirut